

# BERICHT

## Befragung der Bürgerinnen und Bürgern zur Weiterentwicklung der Berliner Europastrategie

Stand Juni 2025



# Einführung

Die Europäische Union beeinflusst viele Aspekte unseres Alltags – von Umweltpolitik über Mobilität bis hin zu Wirtschaft und Bildung. Doch wie nehmen die Berlinerinnen und Berliner die EU wahr? Fühlen sie sich ausreichend informiert? Und welche Themen sind für sie besonders relevant?

Zwischen dem 29. Januar und dem 10. März 2025 hatten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, an der Umfrage zur Weiterentwicklung der Berliner Europastrategie teilzunehmen. Außerdem hatten Bürgerinnen und Bürger am Tag der offenen Tür am 21. Juni 2025 Gelegenheit an der Umfrage teilzunehmen. Die Ergebnisse geben wertvolle Einblicke in die Wahrnehmung europapolitischer Themen in der Stadt.

## Nutzerinnen und Nutzer der Umfrage

An der Umfrage für die Bürgerinnen und Bürger zur Weiterentwicklung der Berliner Europastrategie haben mit Stand Juni 2025 insgesamt 55 Personen teilgenommen. Die meisten Rückmeldungen kamen aus dem Bezirk Pankow, von dort teilten 11 Personen ihre Meinung zur Europapolitik in Berlin. Am wenigsten vertreten war hingegen der Bezirk Spandau, aus dem keine Teilnahme an der Umfrage verzeichnet wurde.

Auch in der Altersstruktur zeigen sich deutliche Unterschiede. Die am stärksten vertretene Altersgruppe war die der 45-54-Jährigen, die mit 16 Teilnehmenden das größte Segment bildeten. Im Gegensatz dazu war die Gruppe der 18-24-Jährigen mit nur einer Rückmeldung die am wenigsten vertretene Alterskohorte.

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine nicht repräsentative Erhebung handelt. Die eingegangenen Rückmeldungen bieten jedoch wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung der Berliner Europastrategie. Der Senat bedankt sich bei allen Teilnehmenden ausdrücklich für ihre Beiträge und Anregungen.

Der Bericht gibt den Stand der Umfrage im Juni 2025 wieder.

## Informationenlage: Wie gut fühlen sich die Teilnehmenden informiert?

Ein zentrales Thema der Umfrage war die Frage, ob sich die Teilnehmenden ausreichend über europapolitische Themen informiert fühlen.

Nur **9 Personen (16,4 %)** gaben an, dass sie sich **ausreichend informiert** fühlen. Im Gegensatz dazu empfindet die große Mehrheit von **46 Teilnehmenden (83,6 %)** ihre Informationslage als **nicht ausreichend**.

Dieses Ergebnis verdeutlicht einen erheblichen Informationsbedarf im Bereich der Europapolitik. Viele Teilnehmende fühlen sich unzureichend über europäische Themen informiert. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, europapolitische Inhalte verständlicher, zugänglicher und präsenter im Berliner Stadtbild zu machen.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Umfrage war die Frage, ob Berlinerinnen und Berliner auf den Webseiten der Berliner Verwaltung die gewünschten Informationen zu europapolitischen Themen finden konnten.

Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Herausforderung in der Informationsbereitstellung: **36 Personen (65,5 %)** gaben an, dass sie nicht fündig geworden sind, während lediglich **19 Personen (34,5 %)** ihre gesuchten Informationen erfolgreich abrufen konnten.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Auffindbarkeit europapolitischer Inhalte auf den offiziellen Verwaltungsseiten für viele Bürgerinnen und Bürger unzureichend ist. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Informationen schwer zugänglich, unübersichtlich oder nicht ausreichend vorhanden sind. Eine bessere Strukturierung, gezieltere Suchfunktionen oder eine klarere Kommunikation könnten helfen, diesen Informationsbedarf besser zu decken.

Die offenen Antworten der Teilnehmenden zeigen, dass insbesondere folgende Themen vermisst wurden:

- Europäische Jugendaustausche, Trainingskurse und Freiwilligendienste
- Informationen zum Europarat, zu den Aktivitäten der Ständigen Vertretung in Brüssel und zum Ausschuss der Regionen
- Details zur Arbeit des Ausschusses für Europaangelegenheiten im Abgeordnetenhaus von Berlin sowie zu den Tätigkeiten der Berliner Abgeordneten im Europäischen Parlament
- Hintergrundwissen zur Geschichte der EU, das nicht direkt auf den Seiten der Verwaltung, sondern über externe Angebote wie die Landeszentrale für politische Bildung gefunden wurde

## Teilnahme an europapolitischen Veranstaltungen

Die Umfrage zeigte ein ausgewogenes Bild hinsichtlich der Teilnahme an Veranstaltungen zu europapolitischen Themen in Berlin.

**49,1 % der Teilnehmenden (27 Personen)** haben bereits an einer solchen Veranstaltung teilgenommen.

**50,9 % der Befragten (28 Personen)** gaben an, noch nie an einer Veranstaltung zu europapolitischen Themen teilgenommen zu haben.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass europapolitische Veranstaltungen für eine bedeutende Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern bereits eine Rolle spielen. Gleichzeitig gibt es eine ebenso große Gruppe, die bisher keinen Zugang zu oder kein Interesse an solchen Angeboten hatte. Dies könnte darauf hindeuten, dass entweder die Sichtbarkeit und Bewerbung dieser Veranstaltungen verbessert werden muss oder dass alternative Formate benötigt werden, um neue Zielgruppen zu erreichen.

Die Teilnehmenden, die bereits an einer Veranstaltung zu europapolitischen Themen in Berlin teilgenommen haben, konnten angeben, in welchem Bezirk diese stattfand. Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergibt sich folgendes Bild:

- **Mitte** war mit **16 Nennungen** der am häufigsten genannte Veranstaltungsort.
- **Charlottenburg-Wilmersdorf** folgt mit **14 Nennungen**.
- **Friedrichshain-Kreuzberg** und **Neukölln** wurden jeweils **6 Mal** genannt.
- **Pankow (4 Nennungen)** sowie **Tempelhof-Schöneberg (3 Nennungen)** waren ebenfalls vertreten.
- Weitere Bezirke wie **Lichtenberg (2 Nennungen)**, **Marzahn-Hellersdorf (1 Nennung)**, **Steglitz-Zehlendorf (1 Nennung)** und **Treptow-Köpenick (1 Nennung)** wurden weniger häufig als Veranstaltungsorte genannt.
- In den Bezirken **Reinickendorf** und **Spandau** fand laut den Umfrageteilnehmenden keine Veranstaltung statt, an die Nutzerinnen und Nutzer der Umfrage teilgenommen haben.

Diese Ergebnisse zeigen, dass europapolitische Veranstaltungen überwiegend in den zentralen Bezirken Berlins stattfinden. Besonders Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf sind als Veranstaltungsorte stark vertreten. Dagegen sind Veranstaltungen in den Randbezirken seltener oder gar nicht vorhanden, was darauf hindeuten könnte, dass dort noch Potenzial für eine bessere Verteilung von Veranstaltungen besteht.

## Interesse an Bürgerdialogen und europapolitischen Diskussionen

Die Umfrage zeigte ein deutliches Interesse an Bürgerdialogen und Diskussionsformaten zu europäischen Themen.

53 Personen (96,4 %) gaben an, dass sie bereit wären, an einem Bürgerdialog oder einer Diskussion zu europäischen Themen teilzunehmen.

Lediglich 2 Personen (3,6 %) äußerten, dass sie an solchen Veranstaltungen nicht teilnehmen würden.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass das Interesse an europäischen Themen in Berlin hoch ist und ein starkes Bedürfnis nach Austausch und Diskussion besteht. Dies bietet eine wertvolle Grundlage für die Entwicklung neuer Dialogformate, die sowohl zugänglich als auch interaktiv gestaltet sein sollten, um das bestehende Interesse weiter zu fördern.

## Sichtbarkeit der EU in Berlin

Die Umfrage zeigt: 100 % der Teilnehmenden (55 Personen) wünschen sich eine stärkere Sichtbarkeit der EU in Berlin. Niemand sprach sich dagegen aus.

Die Bürgerinnen und Bürger haben zahlreiche Vorschläge gemacht, um die EU-Präsenz in der Stadt zu verbessern:

- **EU-Förderungen kennzeichnen:** Mehr Schilder und Informationstafeln an geförderten Projekten, EU-Logo präsender nutzen.
- **Eine zentrale Webseite:** Eine Webseite mit interaktiver Karte, die alle EU-geförderten Projekte in Berlin sichtbar macht.
- **Mediale Präsenz:** Pressemitteilungen mit EU-Bezug, Social-Media-Kampagnen mit kreativen Formaten.
- **Europa im Alltag erlebbar machen:** Den Europa-Tag (9. Mai) stärker begehen, z. B. mit Schulveranstaltungen oder einem verpflichtenden Schüleraustausch.
- **Bürgerdialoge ausbauen:** Regelmäßige, niedrigschwellige Diskussionen mit Politik und Verwaltung auf z.B. Wochenmärkten oder öffentlichen Plätzen.
- **Mehrsprachige Kommunikation:** EU-Informationen - insbesondere zu den Europawahlen - in mehreren Sprachen bereitstellen.

Diese Ideen verdeutlichen den Wunsch nach mehr Transparenz, Beteiligung und klarer Kommunikation über die Rolle der EU in Berlin.

## Informationsquellen: Wie informieren sich die Bürgerinnen und Bürger?

Die Umfrage ermöglichte Mehrfachnennungen zur Frage, welche Medien und Informationsquellen die Teilnehmenden am häufigsten nutzen, um sich über europapolitische Themen zu informieren. Die Ergebnisse zeigen eine klare Präferenz für etablierte Nachrichtenquellen:

- **Tageszeitungen und Zeitschriften** (z. B. Der Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Die Zeit) wurden mit **39 Nennungen** am häufigsten genutzt.
- **Fernsehen** (z. B. Tagesschau, ZDF Heute, Phoenix) folgt mit **32 Nennungen**.
- **Öffentliche Informationsseiten** (z. B. Webseiten der Berliner Verwaltung zur Europapolitik, Webseiten der EU) wurden **25 Mal** genannt.
- **Radio** (z. B. Deutschlandfunk, RBB Inforadio) war für **22 Teilnehmende** eine relevante Quelle.
- **Gespräche und Veranstaltungen** (z. B. Diskussionen mit Freunden, Nachbarn oder Podiumsdiskussionen) wurden **19 Mal** als wichtige Informationsquelle angegeben.
- **Blogs und Podcasts** wurden mit **18 Nennungen** ebenfalls als bedeutend eingestuft.
- **Soziale Medien** (z. B. Twitter/X, Facebook, Instagram, TikTok) wurden von **16 Teilnehmenden** als bevorzugte Quelle genannt.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass klassische Nachrichtenformate weiterhin eine zentrale Rolle in der Informationsbeschaffung über europapolitische Themen spielen. Gleichzeitig zeigt sich, dass auch digitale Angebote wie öffentliche Webseiten, soziale Medien und Podcasts eine zunehmend wichtige Ergänzung darstellen.

## Welche europäischen Themen sind für Berlinerinnen und Berliner besonders relevant?

Die Umfrage zeigt, welche europäischen Themen die Teilnehmenden besonders betreffen. Insgesamt wurden 196 Nennungen erfasst, da Mehrfachauswahlen möglich waren. Die am häufigsten genannten Themen sind:

- **Klimapolitik und Umweltschutz** (46 Nennungen)
- **Bildung, Forschung und Kultur** (38 Nennungen)
- **Verkehr und Mobilität** (36 Nennungen)
- **Verbraucherschutz und Datenschutz** (32 Nennungen)
- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt** (29 Nennungen)

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass insbesondere **ökologische, bildungs- und verkehrspolitische** Fragen viele Berlinerinnen und Berliner beschäftigen. Auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen und der Schutz von Verbraucherrechten spielen eine wichtige Rolle.

Die Ergebnisse könnten eine Orientierung bieten, welche Themenfelder bei europapolitischen Informationsangeboten und Beteiligungsformaten stärker berücksichtigt werden sollten.

Im Rahmen der Umfrage wurden die Teilnehmenden gefragt, welche europapolitischen Themen oder Projekte in der öffentlichen Diskussion in Berlin fehlen. Die gesammelten Antworten zeigen ein breites Spektrum an Themenfeldern, die aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger mehr Beachtung finden sollten. Die folgenden Schwerpunkte haben sich herauskristallisiert:

### **1. Demokratie und EU-Politik**

- Mehr öffentliche Diskussion über europapolitische Themen in Berlin.
- Reform der EU-Institutionen, insbesondere die Stärkung der parlamentarischen Rechte des Europäischen Parlaments.
- Förderung einer europäischen politischen Öffentlichkeit und mehr Vergleich mit anderen europäischen Städten (z. B. Paris, Barcelona, Athen).
- Transparenz und ehrliche Kommunikation über politische Maßnahmen, insbesondere im Bereich Digital Services Act und Migration.

### **2. Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung**

- Berlin als "Schwammstadt" mit Maßnahmen zur Entsiegelung und nachhaltigen Stadtentwicklung.
- Förderung des Green Deals und nachhaltiger Mobilitätskonzepte mit Fokus auf Radverkehr und öffentlichen Nahverkehr.
- Mehr öffentliche Aufmerksamkeit für Umwelt- und Klimaschutz sowie den Schutz der Biodiversität.
- Nachhaltiger Tourismus und verkehrsfreie Innenstädte als Vorbild aus anderen Metropolen.

### **3. Soziale Themen und Gerechtigkeit**

- Förderung von Chancengleichheit und gerechter Verteilungspolitik.
- Stärkung des Verbraucherschutzes und sozialer Sicherheit.
- Mehr Berücksichtigung von Seniorenpolitik und Diversität in der europäischen Debatte.
- Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität für EU-Bürgerinnen und -Bürger und Drittstaatsangehörige.

### **4. Sicherheit und Verteidigung**

- Mehr Diskussion über Zivilschutz und Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene.
- Beitrag der EU zur Sicherheit Europas, insbesondere in Krisenzeiten.

### **5. Bürokratie und Effizienz**

- Abbau bürokratischer Hürden und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren auf europäischer Ebene.
- Orientierung an erfolgreichen Verwaltungsmodellen in anderen EU-Ländern.

## 6. Migration und Asylpolitik

- Offene und ehrliche Debatte über Migration und Integration.
- Effektivere Umsetzung bestehender Asylregelungen mit klaren Sanktionen für Verstöße.

## 7. Europäische Identität und Souveränität

- Förderung einer europäischen Föderation und gemeinsamer Werte.
- Einführung eines europaweiten Feiertags am 8. oder 9. Mai.
- Stärkere Unterstützung für europäische Medien zur Stärkung eines gemeinsamen Bewusstseins.

Die Ergebnisse zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger eine verstärkte öffentliche Debatte zu zentralen europapolitischen Themen fordern. Besonders gefragt sind mehr Transparenz, eine demokratische Weiterentwicklung der EU, ein stärkerer Fokus auf Klimaschutz sowie eine effizientere und sozial gerechtere Politik.

## Was bedeutet die EU für die Berlinerinnen und Berliner persönlich?

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Teilnehmenden eine Vielzahl an Bedeutungen und Emotionen mit der Europäischen Union verbinden. Die Antworten lassen sich in mehrere zentrale Themenbereiche unterteilen:

### 1. Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

- Die EU wird als **Raum des Friedens, der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts** wahrgenommen.
- Sie schafft außenpolitisches Gewicht und trägt zur **Sicherheit** bei.
- Die EU bietet Schutz vor politischen Extremismen und fördert **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**.

### 2. Freiheit und Mobilität

- **Reisefreiheit** und einheitliche Regelungen für grenzüberschreitendes Reisen und Arbeiten.
- **Wirtschaftliche und kulturelle Vernetzung** mit anderen europäischen Ländern.
- Weniger bürokratische Hürden bei Bildung, Arbeit und internationalem Handel.

### 3. Europäische Identität und Gemeinschaft

- Die EU wird als **Gemeinschaft und Werteunion** gesehen.
- Sie ermöglicht persönliche Entwicklung und Bildung über Ländergrenzen hinweg.
- Viele identifizieren sich als **Europäerinnen und Europäer**.

- Die EU stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den interkulturellen Austausch.

#### 4. Wirtschaftliche Vorteile und soziale Sicherheit

- Hohe **Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsstandards**.
- Die EU bietet wirtschaftliche Stabilität und stärkt die **wirtschaftliche Basis** ihrer Mitglieder.
- Sie schützt soziale Rechte und fördert **Wohlstand**.

#### 5. Herausforderungen und Kritik

- Einige Bürgerinnen und Bürger kritisieren die EU als **bürokratisch und ineffizient**.
- Der Umgang mit aktuellen Herausforderungen wie Migration oder Klimaschutz wird ambivalent bewertet.
- Es gibt Forderungen nach mehr Demokratie und Reformen der Entscheidungsstrukturen.

Die EU wird von vielen als ein historisch einmaliges Projekt wahrgenommen, das Frieden, Sicherheit, Freiheit und wirtschaftliche Vorteile bringt. Gleichzeitig gibt es Wünsche nach Reformen, mehr demokratischer Mitbestimmung und einer effizienteren Gestaltung der EU-Strukturen. Die Ergebnisse zeigen eine große Identifikation mit der europäischen Idee, aber auch den Wunsch nach Weiterentwicklung und Optimierung der Europäischen Union.

### Offene Anmerkungen zur Bürgerbeteiligung

Im Rahmen der Umfrage hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, zusätzliche Ideen und Anmerkungen zu formulieren. Die Antworten lassen sich in folgende Hauptthemen unterteilen:

#### 1. Sichtbarkeit und Teilhabe von EU-Bürgerinnen und -Bürger in Berlin

- Der wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beitrag von EU-Bürgerinnen und -Bürger in Berlin sollte sichtbarer gemacht werden.
- Mehr Einbezug und Partizipation von Eingewanderten in Bürgerbeteiligungsprozesse.
- Förderung der europäischen Identität durch Programme in Schulen und Hochschulen.

#### 2. Bildung und Austausch

- Studierende an Berliner Hochschulen profitieren vom Erasmus+-Programm, doch es gibt den Wunsch, dies auch für Auszubildende zu ermöglichen.
- Vorschlag, dass jede Berlinerinnen und jeder Berliner im Laufe der Bildungslaufbahn einige Monate im EU-Ausland verbringen sollte.
- Mehr Bildungsangebote zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft und Identität.

#### 3. Sozial- und Wirtschaftspolitik

- Forderung nach Wiederherstellung der Daseinsvorsorge durch die Rekommunalisierung von Dienstleistungen (z. B. Strom, Wohnungsbau).
- Verpflichtung zu sozialem Wohnungsbau und leistbarem Wohnen.

#### **4. Demokratie und Zusammenarbeit**

- Mehr Sachlichkeit in politischen Debatten und stärkere Argumente für eine bessere europäische Zusammenarbeit.
- Stärkung der Resilienz gegenüber Zukunftsängsten durch konstruktive Zusammenarbeit.
- Berlin soll als europäische Hauptstadt stärker europäisch geprägt werden, inklusive der Integration von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in die Berliner Verwaltung.

#### **5. Sicherheit und geopolitische Herausforderungen**

- Sorgen über geopolitische Entwicklungen, insbesondere autoritäre Tendenzen weltweit.
- Forderung nach strategischen Plänen für den Ernstfall, um auf Krisen angemessen reagieren zu können.

#### **6. EU-Kommunikation und Wahrnehmung**

- Die EU wird oft als "regulierungswütig" wahrgenommen, dabei sollte mehr kommuniziert werden, wie sie Freiheit, soziale Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten bietet.
- Mehr Vergleich mit anderen EU-Ländern unter dem Motto: "Von Europa lernen".
- Einrichtung einer/s Europabeauftragten im Berliner Senat.

#### **7. Symbolische und strukturelle Veränderungen**

- Einführung eines Europatags am 8. oder 9. Mai.
- Klarere Strategie, wie Berlin als europäische Hauptstadt weiterentwickelt werden kann.

Die Anmerkungen zeigen ein starkes Bewusstsein für europäische Themen und ein großes Interesse an der Weiterentwicklung Berlins als europäische Metropole. Besonders betont wurden Bildung und Austausch, mehr politische Partizipation für EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie eine transparente und verständliche Kommunikation europäischer Politik. Zudem wurden Reformen in der Sozial- und Wohnungspolitik, eine stärkere demokratische Zusammenarbeit und Sicherheitsfragen thematisiert.

## **Fazit und nächste Schritte**

Die Ergebnisse der Bürgerinnen und Bürgerbeteiligung zeigen ein starkes Interesse der Teilnehmenden an europäischen Themen, jedoch auch deutliche Informationslücken. Viele Teilnehmende fühlen sich nicht ausreichend informiert und wünschen sich eine

transparentere Kommunikation über EU-geförderte Projekte und europapolitische Entwicklungen in Berlin. Besonders hervorgehoben wurden die Themen Demokratie, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Mobilität, die in der öffentlichen Diskussion stärker verankert werden sollten.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass die Teilnehmenden eine intensivere Beteiligung an europapolitischen Diskussionen und mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten fordern.

Besonders gefragt sind neue Dialogformate, eine bessere Erreichbarkeit von Informationsquellen sowie eine stärkere Integration der europäischen Perspektive in die Berliner Verwaltung und Politik.

**Hinweis:**

Diese Informationsschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Berliner Senatskanzlei herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.



Senatskanzlei  
 Referat für  
 Europaangelegenheiten  
 Tel. (030) 90 26-27 50  
[kontakt@europa.berlin.de](mailto:kontakt@europa.berlin.de)

©Senatskanzlei  
 Stand 04/2025